

Überlegungen zur politischen Weiterbildung
(Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 18.09.1998)

1. Grundsätze und Problemstellung

1.1 Demokratischer Auftrag

Politische Weiterbildung soll einen unverzichtbaren und konstitutiven Beitrag zu einer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung und zur Weiterentwicklung einer demokratischen politischen Kultur leisten. Sie ist dem Ziel der mündigen Bürgerinnen und Bürger verpflichtet und eine am Grundgesetz und an den Länderverfassungen sowie an internationalen Konventionen orientierte gemeinsame Aufgabe aller Beteiligten, der Europäischen Union, des Europarates, des Bundes, der Länder, der Kommunen, der Wirtschaft, der gesellschaftlichen Gruppen, der Weiterbildungsorganisationen und -einrichtungen und nicht zuletzt der Bürgerinnen und Bürger selbst.

Politische Weiterbildung muss mit ihren Angeboten mehr Bürgerinnen und Bürger erreichen und sie bei der aktiven Mitgestaltung unseres Gemeinwesens unterstützen. Sie ist ein konstitutives Element der demokratischen politischen Kultur, eine entscheidende Bedingung zum Funktionieren der Demokratie und eine vorrangige, dem Gemeinwohl verpflichtete Aufgabe.

1.2 Herausforderungen und Fähigkeiten

Politische Weiterbildung in Deutschland steht am Ende des 20. Jahrhunderts angesichts eines tiefgreifenden wirtschaftlichen, technologischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Wandels der Gesellschaft vor neuen Herausforderungen. Merkmale dieses Wandels sind einerseits ein globaler Wettbewerb, ein hohes technologisches Entwicklungstempo, die Infragestellung gewohnter sozialer Sicherungssysteme, die fortschreitende Konzentration in der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit sowie das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen, andererseits eine voranschreitende internationale Zusammenarbeit auf allen Ebenen, die europäische Einigung und, eingebettet in diesen Prozess, die Gestaltung der inneren Einheit Deutschlands.

Die demokratische Bewältigung dieser Herausforderungen verlangt von der gesamten Bevölkerung eine verstärkte Teilnahme und Teilhabe am öffentlichen Leben und an der Mitgestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung. Im Rahmen von Globalisierung und europäischer Integration ermöglicht insbesondere der Einigungsprozess in Deutschland vielen Bürgerinnen und Bürgern nach 40 Jahren getrennter gesellschaftlicher Entwicklung nun Zusammenleben und Kooperation. Politische Weiterbildung kann dabei einen wesentlichen Beitrag zur Vermittlung dafür notwendigen politischen Wissens sowie personeller und gesellschaftspolitischer Schlüsselqualifikationen leisten, wie Urteilsfähigkeit, Verantwortungsbewusstsein, Kreativität und Mitwirkungsbereitschaft.

1.3 Aktuelle Probleme

Politische Weiterbildung steht gegenwärtig vor folgenden Problemen:

- Viele Menschen halten im Zusammenhang von ökonomischen und sozialen Entwicklungen bestimmte Erscheinungsformen des politischen Lebens für nicht mehr zeitgemäß und nicht geeignet, ihre anstehenden Probleme und existenziellen Sorgen zu lösen und Partizipation zu fördern.
- Viele Menschen reagieren auf die Komplexität und Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Entwicklung mit Politikverdrossenheit, Verunsicherung und Rückzug aus der Mitwirkung am Gemeinwesen in die Privatsphäre.
- Der Notwendigkeit aktiver und unmittelbarer Beteiligung der Einzelnen an der politischen Diskussion, an der Willensbildung und an den gesellschaftlichen Veränderungen stehen oft Verhaltensmuster der Passivität und Ohnmachtsbewusstsein gegenüber.
- Angebote der politischen Weiterbildung werden deshalb nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung angenommen und haben für viele auch gegenüber der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung geringere Priorität.

Die Kultusministerkonferenz ist deshalb der Auffassung, dass politische Weiterbildung besonderer öffentlicher Aufmerksamkeit und Unterstützung bedarf. Im Zusammenhang einer problemorientierten, empirisch fundierten Bestandsaufnahme zur Situation der politischen Weiterbildung muss es Zielsetzung sein, dass politische Weiterbildung mehr Menschen und insbesondere mehr junge Erwachsene erreicht.

2. Zielsetzungen und Aufgaben

2.1 Zielsetzungen

Politische Weiterbildung soll neben der allgemeinen, beruflichen, kulturellen und wissenschaftlichen Weiterbildung und der außerschulischen Jugendbildung ein eigenständiger Bereich der Weiterbildung sein und mit den anderen Bildungsbereichen zusammenwirken.

Politische Weiterbildung hat im Rahmen lebensbegleitenden Lernens das Ziel, gesellschaftspolitisches Wissen und Kompetenz sowie Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die ein selbstständiges Urteil über gesellschaftliche Zusammenhänge ermöglichen und eine aktive Mitwirkung in der Demokratie fördern. Dabei steht institutionell organisiertes Lernen in einem Wechselbezug zu selbstverantwortetem Lernen im alltäglichen Lebenszusammenhang. Diesen Wechselbezug kann politische Weiterbildung in ihren Themen und Vermittlungsformen so aufgreifen, dass die Teilnehmenden das erworbene Wissen als nützliche Erweiterung ihrer Urteils- und Handlungsfähigkeiten in ihren konkreten sozialen Bezügen erfahren. Politische Weiterbildung kann Diskussionsfähigkeit und Verständigungsprozesse fördern, interkulturell, intergenerativ, zwischen den Geschlechtern und zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen und Interessen. Der Gegenstand der politischen Weiterbildung sollte dabei auf Themenstellungen im staatlichen Bereich und im öffentlichen Leben fokussiert bleiben. Eine beliebige Erweiterung des Begriffsverständnisses von politischer Weiterbildung würde ebenso wie eine Verkürzung auf Institutionenkunde der Komplexität politischer Prozesse und der notwendigen politischen Beteiligung nicht gerecht werden.

2.2 Aufgaben

Nach Auffassung der KMK hat politische Weiterbildung im Rahmen der genannten Herausforderungen insbesondere die Aufgaben

- über gesellschaftliche Prozesse und Strukturen, geschichtliche Zusammenhänge und Hintergründe zu informieren und die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte, insbesondere mit Nationalsozialismus und Holocaust, Kommunismus und Stalinismus sowie Ost-West-Gegensätzen zu fördern und einen Beitrag zur Bekämpfung von Extremismus zu leisten,
- die deutsche Vereinigung sowie die europäische Integration zu fördern,
- auf künftige Entwicklungen im regionalen, deutschen, europäischen und internationalen Rahmen vorzubereiten und für eine aktive Mitwirkung zu befähigen,
- die Urteils-, Entscheidungs- und Handlungskompetenz zu stärken sowie zur Selbstverantwortung und zur Gemeinschaftsorientierung im täglichen Lebens- und Arbeitszusammenhang zu befähigen,
- die Wechselwirkung zwischen persönlichem Interesse und dem Interesse des Gemeinwesens erlebbar zu machen, die Auseinandersetzung und Verständigung über politische Fragen im Gruppengespräch zu ermöglichen und so den Sinn für das Gemeinwohl zu schärfen, sowie das Bewusstsein der Solidarität zwischen den Generationen zu verstärken,
- das Vertrauen in gesellschaftliche Gestaltungsfähigkeit und die Beteiligung an der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung durch Vermittlung gesellschaftspolitischer Kompetenz zu stärken.

3. Schwerpunkte

3.1 Globalisierung und europäische Integration

Die Globalisierung von Wirtschaft und Politik und die sich daraus ergebenden Aufgaben bedingen eine Ausweitung des traditionellen Spektrums politischer Bildung, das gilt insbesondere auch für Themenstellungen im Zusammenhang mit der europäischen Integration, wie z. B. Mobilität und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Das Zusammenleben mit immer mehr Menschen aus verschiedenen Lebens- und Kulturkreisen erfordert ein wachsendes Maß an Offenheit und Toleranz, wozu politische Weiterbildung einen Beitrag leisten kann.

3.2 Deutsche Vereinigung

Mit der deutschen Vereinigung sind die grundlegenden politischen und institutionellen Voraussetzungen der gemeinsamen demokratischen, sozialen und föderalen Rechtsordnung auf der Grundlage des Grundgesetzes geschaffen. Die tiefgreifenden Probleme der Umwandlung einer Diktatur mit zentraler Planwirtschaft in ein demokratisches Rechtssystem mit sozialer Marktwirtschaft erfordern Lern- und Anpassungsbereitschaft von allen Bürgerinnen und Bürgern im Osten und im Westen von Deutschland. Hier kann politische Weiterbildung einen Beitrag dazu leisten, die Kenntnisse und prägenden Erfahrungen aus der Zeit der ehem. DDR und der Teilung Deutschlands aufzuarbeiten und weiterzuentwickeln. Insbesondere muss versucht werden, diejenigen mit Angeboten der politischen Weiterbildung zu erreichen, die dem Einigungsprozess in Ost und West noch ohne Engagement unbeteiligt gegenüberstehen.

3.3 Individualisierung, Pluralisierung und Gemeinwohlorientierung

Die zunehmende Tendenz zur Individualisierung, verbunden mit einer Pluralisierung der Gesellschaft, hat dazu geführt, dass traditionelle soziale Milieus an Bindungsfähigkeit und damit auch an sozialer Prägekraft verloren haben. Dies führt einerseits zu einem stärkeren Rückzug ins Private, bringt andererseits aber auch neue Formen des gemeinwohlorientierten politischen Engagements hervor, die außerhalb der traditionellen Institutionen angesiedelt sind. Darauf muss politische Weiterbildung reagieren.

Die Träger der politischen Weiterbildung müssen sich mit ihren Angeboten in einem durch Freizeitangebote dominierten Markt durch eine verstärkte Orientierung auch an den unmittelbaren Interessen und Gestaltungsmöglichkeiten der Teilnehmenden behaupten. Dies erfordert von ihnen neben der Orientierung des didaktischen und methodischen Instrumentariums an die veränderten Anforderungen auch verstärkte Anstrengungen, ihre Arbeit transparent darzustellen und die Bildungsangebote nachfrageorientierter zu strukturieren.

3.4 Medien, Medienkompetenz und soziale Kommunikation

Die Erfahrungen der Einzelnen, an die politische Weiterbildung anknüpft, werden nicht nur von persönlichen Erlebnissen, sondern vor allem auch von dem durch die Medien vermittelten Bild der Wirklichkeit geprägt.

Die Fähigkeit sowohl zur aktiven Nutzung insbesondere der neuen Medien als auch zum kritischen Umgang mit den durch die Medien vermittelten Informationen und Wertungen bedarf der Medienkompetenz der Teilnehmenden und hat angesichts der Veränderungen in der Medienstruktur und der Medienlandschaft erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Informations- und Kommunikationstechnologien werden allerdings die politische Weiterbildung auch in Zukunft wegen der Notwendigkeit der sozialen Kommunikation, des Lernens im Dialog und der interpersonellen Verständigung nicht ersetzen, dafür aber sinnvoll ergänzen können. Hier bedarf es einer verstärkten wechselseitigen Zusammenarbeit. Das gilt insbesondere auch für den Bildungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

4. Rahmenbedingungen der politischen Weiterbildung

4.1 Förderung

Die Angebote der politischen Weiterbildung kommen nicht nur unmittelbar den Einzelnen zugute, sie sind darüber hinaus auch von Bedeutung für die demokratische Ordnung sowie für das Gemeinwohl. Ihre ideelle, fachliche und materielle Förderung muss deshalb nachhaltig gesichert werden. Es besteht eine öffentliche Verantwortung für die Schaffung eines positiven Klimas für politische Weiterbildung und für die Sicherung der Trägerpluralität.

4.2 Pluralismus, Autonomie und Kooperation

Die Angebote der politischen Weiterbildung müssen grundsätzlich für alle Bürgerinnen und Bürger transparent und zugänglich sein. Neben der Verbesserung der einrichtungsspezifischen Information und Beratung ist deshalb auch die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Trägern, Einrichtungen und Initiativen der politischen Weiterbildung zu intensivieren, ohne dass dabei die Eigenständigkeit der jeweiligen Einrichtung und die Pluralität insgesamt beeinträchtigt werden. Wegen ihrer überparteilichen Aufgabenstellungen und einrichtungsübergreifenden Aktivitäten haben Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft, wie die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung eine besondere, originäre Bedeutung. Sie nehmen trägerunterstützende und trägerübergreifende Aufgaben wie die Anregung und Moderation des Dialogs zwischen verschiedensten politischen Gruppen und die Behandlung übergreifender politischer Themen wahr.

4.3 Bereichsübergreifende Aufgaben

Politische Weiterbildung als eigenständige Bildungsaufgabe soll über die eigenständige Ziel- und Aufgabenstellung hinaus stärker Bestandteil der allgemeinen und insbesondere auch der beruflichen Weiterbildung werden, eine bereichsübergreifende Aufgabe im Prozess des lebenslangen Lernens. Politische Weiterbildung unterstützt berufliche Qualifikationen. Einerseits müssen in der beruflichen Weiterbildung auch die politischen Aspekte des beruflichen Handelns reflektiert werden, andererseits kann politische Weiterbildung auch für berufliche Entwicklung unverzichtbare Schlüsselqualifikationen fördern.

4.4 Lernorte politischer Weiterbildung

Die Erhaltung bzw. der Auf- und Ausbau von regionalen Lernorten politischer Weiterbildung ist zu unterstützen. Die Möglichkeiten gemeinsam politisch zu lernen haben für die Vermittlung sozialer Kompetenzen hohe Bedeutung. Diese Lernorte haben auch eine wirtschaftliche, arbeitsmarktpolitische und kulturelle Bedeutung für die Region.

Ebenso wie die institutionalisierte politische Weiterbildung sind auch lokale oder regionale nachhaltige Aktivitäten von Vereinen und Initiativen für die Stärkung der politischen Weiterbildung von großer Bedeutung und sollten insbesondere auch in ihrer Zusammenarbeit gefördert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollten durch politische Weiterbildung in ihrem persönlichen Lebensumfeld angesprochen werden.

4.5 Qualitätssicherung und Evaluation

Für die Qualitätssicherung und transparente Dokumentation der Wirksamkeit der politischen Weiterbildung ist deren verstärkte Evaluation unter Einbeziehung der Beteiligten notwendig. Diese Evaluation sollte neben einer problemorientierten empirisch fundierten Bestandsaufnahme zur Situation der politischen Weiterbildung die Forschung und Lehre, Bildungsprozesse sowie die Fort- und Weiterbildung der in der politischen Weiterbildung Tätigen einschließen. Eine Evaluation der politischen Weiterbildung liegt im Interesse der Teilnehmenden, der Einrichtungen und der Öffentlichkeit insgesamt. Durch die angespannte Finanzsituation bei allen Beteiligten steht politische Weiterbildung wie jede andere Ausgabenposition auch verstärkt unter dem Druck, ihre Notwendigkeit und Nützlichkeit nachzuweisen. Über eine Evaluation kann die Weiterentwicklung, Attraktivität und die Akzeptanz für die politische Weiterbildung und damit die angestrebte stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen im vereinten Deutschland gefördert werden.